

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, *Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW)* an der Bergischen Universität Wuppertal; Lehrstuhl Makroökonomik, und Jean Monnet Chair für Europäische Integration, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. ([www.eiiv.eu](http://www.eiiv.eu)) [welfens@eiiv.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiv.uni-wuppertal.de); Tel +49 0202 4391371, Jahr **2015= 20 Jahre EIIW – preisgekrönte ökonomische Forschung**

**6. Juli 2015, Süddeutsche Zeitung S. 16 (mein Text; in der SZ vom 6. Juli mit anderer Überschrift; ein Satz – mit Bezug auf das Referendum - wurde von der SZ ergänzt, letzter Satz entfiel)**

## **Griechenlands unheldische, falsche Wirtschaftspolitik**

Die Regierung Tsipras ist im Januar 2015 an die Macht gekommen und steht für eine schräge Koalition von linker Sammelpartei und rechtspopulistischer Kleinpartei. Die Position der Regierung ist, dass Griechenlands Gläubiger zu wenig entgegenkommend sind in Sachen Schuldenerlass und dass die Austeritätspolitik und IWF-Politikvorgaben Schuld an Griechenlands Misere sind. Griechenlands neue Regierung hat Anfang 2015 die Kooperation mit der Troika beendet. Man kann durchaus kritische Punkte an der Arbeit der Troika finden und es gab erhebliche Fehler beim Krisenmanagement in der Eurozone. Aber, die Regierung in Athen ist orientierungslos, sie hat kein realisierbares Programm; Regieren ist nicht sich reformverdrossen über den Gang der Welt zu beklagen und nur einen neuen Schuldenschnitt zu fordern.

Zudem hat die Tsipras-Regierung durch eine neue Abführungspflicht von Liquidität bei Universitäten, Krankenhäusern und Kommunen Richtung Zentralstaat die Basis für ein sonderbares Zusammenkratzen von Mitteln für den Schuldendienst gelegt, aber auch für einen denkbaren umfassenden Generalkonkurs. Das unterminiert das Vertrauen von EU-Partnern und Investoren, aber auch der Bürgerschaft in Griechenland. Die Koalition in Athen hat kein ausformuliertes Koalitionsprogramm und der Versuch, die EU-Partnerländer mit immer neuen, oft nicht eingehaltenen Ankündigungen an der Nase herum zu führen, ist kein Ersatz für solides Regierungshandeln. Das hilft den Menschen nicht und ist eigentlich ungriechisch: Man muss nicht die Heldentaten des Odysseus fordern, jedoch, wirtschaftspolitische Untätigkeit und Überheblichkeit wie in Teilen der Tsipras-Regierung waren noch nie in der Geschichte Basis auch nur kleiner Heldentaten.

Damit stellt die Regierung die Weichen für einen selbstgewählten Staatskonkurs – in der Diktion von gelegentlich erkennbarer Arroganz und Verweigerungsposition ist das durchaus verwandt der Politik der deutschen Reichsregierung in den Jahren 1922/1923, als man seitens Berlins beweisen wollte, dass man die vereinbarten Reparationen nicht zahlen könnte; und nach der Ruhrgebietsbesetzung durch Frankreich hatte die Regierung in Berlin mit dem fortgesetzten Hyperinflationkurs gleich einen halben ökonomischen Selbstmord programmiert: Die faktische Enteignung der Staatsanleihebesitzer und der meisten Sparer, die so der Demokratie millionenfach entfremdet wurden – sie begann schon Ende des Krieges.

Während osteuropäische Transformationsländer unter sehr schwierigen Bedingungen fast alle ihren Weg in den 90er Jahre aus der Krise gefunden haben, ist das einst recht wohlhabende Griechenland in 2014 – gemessen in Kaufkrafteinheiten - unter das Pro-Kopf-Einkommen des EU-Landes Kroatien gefallen. Von der Osteuropabank EBRD in London hätte man sich in Athen schon vor Jahren Anregungen und technischen Hilfen für Privatisierung, Unternehmensgründungen, mehr Wettbewerb und Exportförderung holen sollen. Was frühere Regierungen in Athen an Korruptionsgrad zeitweise als politische Hypothek und Expansionsbarriere zeigten, ist nun weniger gravierend, aber die Tsipras-Regierung verbaut dem Land durch halbgare Politik die ökonomische Expansion. Von den osteuropäischen Transformationsländern hätte Athen durchaus lernen können, aber die sichtbare Arroganz in Teilen der Tsipras-Regierung schiebt das Land in unverantwortlicher Weise Richtung Abgrund.

Über einen weiteren Schuldenerlass hätte man durchaus auf Seiten der Euro-Länder im Kontext von ernsthaften Reformmaßnahmen der griechischen Regierung nachdenken können, aber die Tsipras-Regierung hat die Linie ihrer Vorgänger-Regierungen fortgesetzt, eine sonderbare Privatisierungsverweigerung zu verfolgen. Im Zeitraum 2010-2015 (Jahresmitte) hatten Griechenlands Regierungen zwei Rekorde aufgestellt: Sie hatte eine der höchsten staatlichen Schuldenquoten der Welt realisiert, was nur teilweise dem massiven Wirtschaftseinbruch von -25% in fünf Jahren zuzuschreiben ist; es ist vielmehr so, dass bei 15,6% Defizitquote in 2009 einfach ein Anstieg bei der Schuldenquote binnen fünf Jahren von 110% auf mindestens 155% absehbar war, weil aus der Wirtschaftsgeschichte bekannt ist, dass pro Jahr kaum mehr als 3%-Punkte Rückführung der Defizitquote möglich ist. Die Regierungen hatten mit Privatisierungen von kaum mehr als 1% des Staatsvermögens für Schulden-Krisenländer einen weiteren Negativrekord für fünf Jahre Regierungshandeln in einem Land ohne Kapitalmarktzugang aufgestellt. Letzteres heißt, dass man vom Staatsvermögen in Höhe von über 150% des Bruttoinlandsproduktes über 9/10 des Staatsvermögens willkürlich beim Themenbereich Privatisierungsoptionen ausgeblendet hatte.

Griechenland hätte sich die Schuldenquote energisch selbst durch geduldige Privatisierung halbieren können. Im Streit über das Defizit hat die Tsipras-Regierung etwas Nachgeben bei den Rentenausgaben signalisiert, aber sonderbarerweise wird über die Themen angebotsseitige Strukturreformen zur Wachstumsstärkung bislang kaum gesprochen: Privatisierungen, Unternehmensneugründungen und Reformen des Bildungs- und Gesundheitssektors sind dringlich. Hier fehlen bislang Pläne. Die EU kann im Übrigen helfen, dass alle Jugendlichen Zugang zu Gesundheitsdiensten erhalten.

Wenn das Land jedoch in Konkurs geht, dann wohl innerhalb der Eurozone; ein selbst gewählter Konkurs heißt hoher Einkommens-, Vermögens- und Ansehensverlust für Griechenland selbst sowie Anstieg der Arbeitslosenquote auf über 30%. Zu solcher Selbstschädigung haben die Wähler Tsipras aber keinerlei Mandat gegeben. Falls das Land aus der Eurozone fällt, dürfte der Realeinkommensrückgang und die Flucht von Kapital und Arbeitnehmern weg aus Griechenland gravierend ausfallen. Die ökonomischen Gaukler in der Tsipras-Regierung, allen voran Finanzminister Varoufakis, überblicken wohl nicht, in welches Drama ihre widersprüchliche, ideenarme Politik zehn Millionen Griechen zu stürzen droht. Die Vielzahl wenig erfolgreicher Regierungen in 2010-2015 deutet darauf hin, dass das Land eine neue Verfassung braucht: Mit besseren Institutionen und kluger Wirtschaftspolitik plus bedingten EU-Impulsen sind die Probleme überwindbar. Im Übrigen läuft das Land nach dem Brüsseler Gesprächsabbruch am 27.5 auf Staatskonkurs und Umschuldung bei öffentlichen Gläubigern im Pariser Club hin, wo auf der Gegenseite fast dieselben Akteure sitzen, wie in Brüssel – ein IMF-Programm ist im Pariser Club Voraussetzung für einen Vertrag. Allenfalls mag Athen helfen, dass in Paris auch die USA, Kanada, Japan und Russland mit am Tisch sitzen.

**Anmerkung:** In pointierter Darstellung habe ich mit Blick auf die Hyperinflation im Originalbeitrag auf 1923 abgestellt; Prof. Knut Borchardt wies in einer mail darauf hin, dass die Hyperinflation schon am 1. Juli 1922 begann – die unterstrichene Neuformulierung im Text greift den Hinweis auf. Im Übrigen: Dass das Preisniveau 1920 nur noch 1/10 des Wertes von 1913 widerspiegelte, wird die Wählerschaft wohl nicht der jungen Weimarer Demokratie angelastet haben. Aber die täglich sichtbare Hyperinflation 1922/23 doch sehr deutlich, zumal Hyperinflation wirtschaftspsychologisch sehr destruktiv wirken kann und zeitweise zu Währungssubstitution mit ganz enormen Umverteilungseffekten beigetragen hat.